

Verkaufsstelle
 Verkaufsstelle für
 alle Arten von
 ...
 ...
 ...



Belegungsgebühr
 ...
 ...
 ...

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Pelitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Herz 42/28. Öffnung wochentags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Herz 42/48. Sprechstunde wochentags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Ein Rückblick.

Ein Glanzjahr für Handel und Industrie lag vorüber. Die deutschen Kapitalisten erlebten eine Hochkonjunktur, die selbst die des Jahres 1907 übertraf. An wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnissen steht es weit hinter dem abgelaufenen Jahre zurück. Den Arbeitern aber drückten beide Jahre kaum Vorteile, die im Verhältnis zur gesteigerten Gütererzeugung gestanden hätten. Dafür wurde das wichtigste ihr Recht, das Koalitionsrecht, 1912 fortwährend von den schlimmsten Angriffen bedroht.

In politischer und sozialer Beziehung waren wohl die Reichstagswahlen im Januar

das wichtigste Ereignis. Die durch die zerschlagene Lebensmittelerzeugung im Volke hervorgerufene Empörung fand ihr sichtbarstes Zeichen in einem außerordentlichen Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Wahlen. Eine deutlichere Antwort auf die infame Lebensmittelerzeugungspolitik, auf die zügellosen Ausbeutererregnisse, auf das Verstoßen nach Befriedigung des Koalitionsrechtes, konnten die Arbeiter nicht erteilen. Die Feinde jeglicher sozialpolitischer Fortschritte waren zu nahe, auch, als sie die Früchte ihres Unsinns sahen. Aber nicht lange dauerte ihr Wagemut nach der Ausführung ihrer tollkühnen Pläne, und die Wut über die erhaltene Verheerung trieb sie zu erneutem Sturm auf die wichtigsten Arbeiterrechte. In den Schmarfhauberblättern, an ihrer Spitze die Post, fand die Dage gegen Koalitions- und freies Wahlrecht, gegen alle Sozialpolitik föhliche Urstunde. Die Gesetzgebungsdeputation des Reichstages nahm Ende Februar Entschlüsse an, die gegenbezügliche Maßnahmen gegen das Koalitionsrecht, ferner die Verletzung der Rechte juristischer Personen an die Gewerkschaften (worunter man die Streikvereine des Bauwesens und die Pflicht zum Schutze des Gewerkschaften zu verstehen hat) verhängen. Und selbst im anderen Hause die Parlamente von Reuten der rechtschönen Parteien nach Ausschüsse gegen die Arbeiter nach Verletzung der Rechte und Verhängung des Koalitionsrechtes, Handwerker- und Handelskammern, der Handelsgesellschaften, der Zentralverband und der Bund der Industriellen, der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und andere Internerwerbende zogen mit ins Feld gegen die freien Gewerkschaften, ließen sich die Hilfe von Universitätsprofessoren und anderen Leuchten der Wissenschaft zu ihrem gemeingefährlichen Geseu.

Rechtliche Unterstützung fanden sie aber auch bei Arbeitergewerkschaften, denn solche wollen die

Christlichen Verbände

ein, nach außen wendigen. Sie sind mit Schuld, tragen ein gut Teil der Verantwortung für alle Schäden und Nachteile, welche der Arbeiterchaft aus dem Treiben der Schmarfhauber widerfahren. — Die Christen sind auch schuldig am ergebnislosen Ausgang des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier, der im März losbrach. Die katholischen Arbeiter wurden von den Altmontanern zum Streikführer angehalten, der die Niederlage der Bergarbeiter verschuldete. Polizei und Militär kam auf die christlichen Unternehmungen ins Streikgebiet, und später sorgte die schwarze Schar durch eifriges Demontieren angeblicher Streikführer für Staatsanwaltschaft. Die Streikführer trüb verächtliche Wäuten.

Belastung ist fast Jahren ein Brudergewinn im Lager der Christen in die christliche Gewerkschaftler und katholische Arbeiter sich spalten. Eine Fingstproklamation des Papstes verurteilte die Katholiken seiner besonderen Gnade und sprach ihnen allein die Exkommunikation zu. In gegenseitiger Weise zogen nun die Münchener-Clabacher gegen die Begünstigten vom Herr und demonstrieren offen gegen den Papst! Im September sprach dieser in einer Enghöllia erneut seine Meinung aus: nur die katholischen Papstverleumder seien der Kirche möglicherweise. Widerwillig wurde den christlichen Gewerkschaften Duldung zugestanden. Aber auch die nur unter der Bedingung, daß sie sich vollkommen der Autorität der Geistlichkeit unterwürfen. Auf einer Generalversammlung in Essen (März) im November wurde erkannt die christlichen Gewerkschaftsführer zwar die Oberherrschaft der katholischen Kirche, erklärten aber dennoch die christlichen Gewerkschaften für unabhängige Arbeiterorganisationen. Die Kapitalisten natürlich fingen Sophismen solchen Charakters, der die christlichen Klämme so süßlich ihrem Schermeisler auslieferen. Und Herr Delbrück erklärte kürzlich im Reichstages, Staatsintereße erheische die Förderung und Unterstützung der W.-Clabacher. Surra, es ist erwidert: Wieder schwarz als gelb!

Im Mai gab es im preussischen Abgeordnetenhause wieder einmal eine tolle

Wahlrechtskomödie!

Während die Reichstagswahlen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes forderten, wollten die Nationalliberalen nur vom geheimen und direkten Wahlrecht etwas wissen. Als es zur Abstimmung kam, fehlten 94 der eblen Zentrumstimmen und 18 Nationalliberalen unentschiedelt. Es wurden alle auf Verbesserung des Wahlrechtes zur preussischen Duma hingelassenen Anträge mit erheblicher Majorität (30 Stimmen) abgelehnt. Am 12. Mai demonstrieren die sozialistischen Frauen Europas in impopularer Weise für die Einführung des Frauenwahlrechtes. Alle abgehaltenen Demonstrationen waren

lungen waren überfüllt. Der in ihnen gezeigte Mut und Geist ist die beste Gewähr dafür, daß die weiblichen Proletarierinnen in ihrem Kampfe um politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung nicht ruhen und ruhen werden, ehe sie ihn mit einem vollen Erfolge abschließen können!

Auch die Hirsch-Dandonianer regten sich wieder einmal zum Schaden der Arbeiterschaft. Im August gründeten sie einen „Liberalen Kreisverein für Arbeiter und Angehörige“. Natürlich soll er den Zweck haben, Schrittmacherdienste dem Freiwille zu leisten und Mitglieder für die Gewerkschaften zu fangen. Seit der Wählung von seiner Gründung hat man aber nichts mehr von ihm gehört. Das Bauernsängergesellschaft

Koalitionsrecht

Der Militärarbeiter wird durch einen Erlass des Kriegsministers vom 8. August schwer bedroht. Sein besonderer Zweck war, dem nationalen Militärarbeiterverband den Lebensdienst abzuschneiden. Bericht über furchtbare Vorfälle in Militärbetrieben gaben den Anstoß zum Vorgehen des Ministers. Er ordnet in seinem Erlass an, daß Arbeiter in Zukunft unter Einhaltung der gesetzlichen Frist gefänglich werden sollten, falls sie ähnliche Kundgebungen des nationalen Verbandes durch Schrift oder Tat unterstützen würden. Für den Fall, daß sich Kundgebungen aus solchen Anlässen mehren würden, verlangt der Minister sofortigen Rapport. — Das Vorgehen des Ministers läßt sich unschwer aus den Gezeren der altmontanen, konfessionellen und industriellen Schmarfhauber erklären.

Die bayerische Regierung ging auf Veranlassung desentrums gegen den füberrheinischen Eisenbahnerverband vor. Und im Reichstages erklärte dann Minister Delbrück, es gäbe kein unangenehmere Koalitionsrecht. Privatverträge können es auslösen. Die sozialdemokratischen sind notwendig. Der Eintritt in Staatsbetriebe erfolge freiwillig. Wer sich nicht den vom Staatsinteresse diktieren Anordnungen fügen wolle, könne ja gehen! Jegliches Streikrecht für Militärarbeiter sei ausgeschlossen. — Die Vertreter künftiger Regierungen stimmten Herrn Delbrück bei, nicht zu vergessen der künftigen Parteien. Ja, eine Reue der W.-Clabacher Reichstagskristen, Gewerkschaftsführer, Bekendnis, sprach sogar dem Minister einen gelinden Tadel für seine bewiesene Gütergigkeit aus, indem er verlangte, daß jede Neutralität in Arbeiterorganisationen unmöglich gemacht würde. Sein Ro dürfte der Sozialdemokratie offen stehen! — Der ganze Ausführungen Melodie also war: „Weß' Brot ich eß', daß' Lieb ich sing'!“

Lebensmittel- und Fleischezueerung

erreichte eine solche Stärke, daß sie die schwerste Gefahr für das gegenwärtige und zukünftige Leben der ärmeren Volksschichten bildet. Die Regierung verhielt sich zur Feuerung gegenüber vollkommen passiv und traf keinerlei Anstalten, ihr entgegenzuwirken. Deshalb forderte die sozialdemokratische Fraktion durch ein Schreiben vom 6. September die sofortige Einberufung des Reichstages. Aber auch diese unterblieb. Die Sozialdemokraten hatten in ihrer Eingabe verlangt: die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Fleisch und Vieh; die Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr unter Aufrechterhaltung unerlässlicher Vorkehrungsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen; Aufhebung der Futtermittelzölle. Befreiung der Einfuhrzölle und vor allem sofortige Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch. Nach langem Bögen erfüllte die Regierung letztere Forderung zum Schein, indem sie den großen Schäden die Zufuhr ausländischen frischen Fleisches gestattete. An der bisherigen Wirtschaftspolitik aber, der Ursache allen Übels, läßt die Regierung nicht rühren.

Größe Aufregung in den Kreisen der Roblenmagnaten verursachte der Eintritt des Fiskus zum Roblenzinsbitt im Oktober. Das Syndikat hatte die Presse wieder einmal heraufgeholt, womit der Fiskus nicht einverstanden war. Offenbar zeigt der Fiskus, daß er die Verantwortung für die fortgesetzten Preisfahndereien nicht mit zu übernehmen magt. Freilich werden ihm die Roblenzinsige nur vor, er wolle sich nur nach außen einen guten Namen verschaffen, während er doch in Wirklichkeit höhere Preise nehme als das Syndikat fordert. Fiskus und Roblenzinsbitt sind wirklich einander wert! Das von der Regierung erwiderte Roblenzmonopol erwies sich bei näherer Betrachtung als außerordentlich gesonnen. Die Roblenzmonumenten der Wälfabrikanten eines Roblenzmonopols auszugeben. Dem die Ausführung des Regierungsprojektes mußte eine solche Folge haben, weshalb es denn schließlich auch unter den Tisch fiel, nicht zuletzt dank der verdienstlichen Kritik durch die sozialdemokratischen Redner. Ueberhaupt belundete die Regierung in letzter Zeit ein ungewöhnliches Maß Wohlwollen für das Großkapital. So will sie die Energieversorgung bei der zukünftigen Elektrifizierung der Eisenbahnen privaten Verden überlassen. Damit wäre natürlich der Anfang zu einem privaten Elektrifizierungsmonopol gemacht. Und die Absicht, eine Erhöhung der Bahnpreise einzutreten zu lassen, zeigt, wie wenig die Regierung auf die Interessen der Allgemeinheit Rücksicht nimmt.

Der auf dem Ballen lagernde Rindstöff löste Anfang Oktober zu den hellen Flammen des Krieges auf. Die Morbultur triumphierte über die Zivilisation, die sie in Strömen rauschen Blutes erlöste. Nach allen europäischen Himmelsrichtungen drohte der Krieg überzugreifen. Nur das internationale Proletariat brüdie offen seinen Abstoß und Empörung gegen die Menschheitsmörder und verarmtete

gewaltige Friedensunbedingungen in allen Ländern Europas. Und als die Gefahr eines Krieges zwischen den Kulturstaaten Europas näher und näher rückte, da bereit es einen internationalen Kongress zur Erhaltung des Friedens nach Basel. Im realen Münster der Schweizer Stadt befanden die Arbeitervertreter aus aller Herren Länder ihren einmütigen Willen zum Frieden. Und es wird sicherlich nicht ohne Einfluß auf die nun tagenden Friedensverhandlungen sein, daß die internationalen überdienten Arbeiter in zu ungewöhnlicher Weise ihre Gefühle zum Ausdruck brachten! Die Internationale hat sich im besten Sinne als das feste und sichere Friedensband bewiesen, das sich um die Kugel der Erde schlingt!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 27. Dezember 1912.

Flugzeuge für die Kolonien.

Um dem Beschäftigungsmangel der Flugzeugfabriken abzuhelfen, soll der Reichstag nicht nur eine Subventionsschloße für die Keme bewilligen, auch der Staatsrechtler des Reichs-Kolonialamts trägt sich mit hochfliegenden Plänen. Eine Flugzeugfabrik hatte den Staatsrechtler zu einem Flug auf einem Doppeldecker eingeladen und diese Flugerei hat Herrn Dr. Solf demot imponiert, daß er nimmermehr auch für die Kolonien Flugzeuge schaffen wolle. Dem Führer des Flugzeuges erklärte er nämlich:

Dem Flugzeuge werde in den Kolonien eine bedeutende Rolle zufallen. Aus diesem Grunde verfolge die Kolonialverwaltung seit längerer Zeit die Vorgänge auf dem Gebiete des Flugzeuges mit großem Interesse. Es lägen bereits bestimmte Pläne für die Verwendung von Flugzeugen in den deutschen Kolonien vor, für die Mittel im Etat herbeizuführen die deutschen Kolonialisten gerne hien wollten. In erster Linie sei eine Verwendung zur Befehlshabermittlung vorgesehen, die bei der Schnelligkeit der Flugzeuge im Verhältnis zu anderen Verkehrsmitteln von großer Bedeutung werden könne. Vor allem bei Aufständen werde der koloniale Flieger von erheblichem Werte sein. Ferner werde an die Einrichtung eines Flugzeugpostverkehrs über unvorgesehene Gebiete hinweg gedacht. Endlich sei beabsichtigt, das Flugzeug in den Dienst der kolonialen Landesverwaltung zu stellen.

Die Kolonien selbst haben keine Mittel, um sich Flugzeuge anzuschaffen, das könnte nur auf Kosten des Reiches geschehen. Dann ist es aber auch etwas ganz anderes, ob ein Flugzeug in kultivierten Gegenden oder in den unwirtlichen Wäldern fährt. Wenn dort ein Flieger unversehrt niederzehen muß, dann ist er mit dem letzten Flugzeug zertrümmert verloren. Derart kostspieligen Experimenten, die Herr Dr. Solf sei begt, möchte der Reichstag mit allem Nachdruck entgegenstehen.

„Sachliche Gegensätze — unbekannt.“

Die Nationalliberalen sind einig. Diese Behauptungen müssen freilich stimmen, weil sie die Nationalliberalen selbst aufstellen. Der Führer der bayerischen Nationalliberalen hatte bekanntlich Herrn Hoffmann und die Parteileitung in Leipzig angegriffen. Dem amtlichen Parteiausschusse haben besonders die Sätze in der Rede: „Die schwarze Partei der nationalliberalen Partei hat gelogen. Die stehenden sachlichen Gegensätze drängen zur Entschcheidung.“

Hierzu bemerkt die Nationalliberale Korrespondenz, das offizielle Organ der Gesamtpartei: „Wir sind ermächtigt, demgegenüber festzuhalten, daß von diesen sachlichen Gegensätzen, die auf eine Entschcheidung hinführen, der Parteileitung und weiteren Kreisen der Partei nicht bekannt ist.“ Die weitere Grundlagede Behauptung der bayerischen Parteileitung, die nur geeignet ist, Verwirrung in die nationalliberale Partei hineinzutragen und unfernen Gegnern von rechts und links Vorstoß zu leisten, bedeutet daher eine neue schwere Schädigung der Partei und unfernen Reihen den ernstlichsten Handlungsbedarf.“

Die gegenseitigen Erklärungen beweisen freilich schlagend, daß die scharfen Gegensätze vorhanden sind, aber da die nationalliberalen „Parteigenossen“ niemals zum Schweigen erzogen wurden, kann man ihnen schon mit einer Abwertung kommen — sie merken nichts.

Ueberrigens trücht Geheimrat Lubowitz bereits zu Preuss. Vor zwei Wochen noch hatte er aufgetrompelt:

„Es muß einmal offen ausgeprochen werden: Hoffmann ist nicht in der Lage, die innere Entwicklung der Partei zu beherrschen. Es wäre für ihn nach unserer Meinung besser gewesen, die Abwertung abzugeben.“
 Jetzt aber erlöst er eine Erklärung, daß es ihm fern gelegen habe, den verehrten Führer Hoffmann zu kränken. Es heißt darin:
 „Mein letzter Artikel ist wohl in der Absicht, mich in Gegensatz zu unferm verehrten Führer Hoffmann zu stellen und die Uneinigkeite in der Partei noch zu vertiefen, so ausgelegt worden, als wenn ich die Absicht gehabt hätte, Herrn Hoffmann und seiner Führung tadelnd entgegenzutreten. Dies hat mir selbstverständlich durchaus fern gelegen.“
 Da also! Man ist wieder einig! — Da nun einmal eine Angelegenheit und hatte aufgemerkt — was erzing ein Mann

Angen begann bereits mit einer Aktion gegen das infame reaktionäre Wahlrechtgesetz. Das Parteibüro bringt eine Proklamation der Parteileitung, die in einer Million Exemplaren, in allen Sprachen verlegt, im ganzen Lande verteilt werden soll. In Veranlassung darüber aufgefällt werden, daß die Arbeiter in der nächsten Zeit einen einigartigen Kongress in London abhalten werden. Wenn schon wegen der Verzögerung der Reform ein Generalstreik gemacht werden soll, so muß unbedingt jetzt mit derselben Waffe getämpft werden. Ein außerordentlicher Kongress soll nach Budapest einberufen werden. Wird die Reform Gesetz, dann werden sich die Arbeiter bei den Wahlen passiv verhalten und keine Kandidaten aufstellen. Die Arbeiter protestieren besonders gegen die Befreiung der Altersgrenze auf 30 Jahre und gegen die Bestimmung, daß eine fünfjährige Arbeitszeit bei demselben Unternehmer für den Arbeiter nötig ist, um wählen zu können. Die Regierungsblätter versuchen die Arbeiter zu beschwichtigen und rechnen aus, daß bei der vorgeschlagenen Einteilung der Bezirke die Arbeiter mit ihren guten Organisationen 20 Bezirke erobern könnten; sie haben betont, daß die Bestimmung, daß das Wahlrecht in den Städten gemeinsam ist, günstig für die Arbeiter sei.

Statten.

Eine Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen hat der italienische König ziemlich unermutet erlassen. Die italienische Arbeiterchaft hat sie feil lassen gefordert. Die Amnestie, durch die alle juristischen Folgen der Strafe ausgelöscht werden, die auch die Einstellung der schwebenden Verfahren einschließt, kommt den Verbrechen und Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens zum Besten und zur Förderung der wirtschaftlichen Vereinigungen zugute, drei Punkte, die in der italienischen Reichsversammlung den Sozialisten und Anarchisten zur Last gelegt werden. Weiter werden amnestiert die Verbrechen, insofern die politischen der trübsüßigen Ausnahmegerichte, als die durch Veröffentlichung der Gerichtsverhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, begangen. Auch die Beschäftigung des Meeres und andere antimilitärische Handlungen sind einbezogen. Gewalttat und Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung; ferner die im Verein mit diesen Verbrechen begangenen Körperverletzungen, soweit sie nicht mehr als schlichte Kränklichkeit der Folge hatten. Schließlich werden die meisten bei Volksunruhen begangenen Exzesse und Sachbeschädigungen amnestiert. Wie viel Gefangene dank der Amnestie in Freiheit gesetzt werden, ist noch nicht zu übersehen. Die Maßregel hat dem Generalstreik gegen den libanesischen Krieg verhängten Strafen schon abgeblüht. Sie dürfte aber noch vielen Verurteilten zugute kommen, die sich in Subalternen an Volksunruhen gegen Gemeindevandalen oder während der Cholera-Epidemie beteiligt haben. Gegen zahlreiche Presseverbrechen wird das Verfahren eingestellt. Der Anwalt tabelt, daß die Amnestie nicht die Soldaten einbezogen, die wegen geringfügiger Vergehen von den Kriegsgerichten in Afrika zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Es steht zu hoffen, daß die Gewährung der Amnestie ausschließlich dem Bedürfnis entsprungen ist, getanet wieder gut zu machen und nicht den Zweck verfolgt, die öffentliche Meinung dem Ertragen von neuem Unrecht gefügig zu machen.

Indien.

Das Attentat in Delhi. Man schreibt uns aus London: Der Anschlag auf den Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, bei seinem festlichen Einzug in Delhi hat in London große Aufregung erzeugt. Man hat sich in den letzten zwei Jahren in England gewöhnt, die revolutionäre nationale Bewegung in Indien als abgeklungen zu betrachten. Man meinte, daß die Reform der indischen Legislative einführen, würde in Verbindung mit solchen prägnanten Schaupielern, wie der Besuch des Kaisers Königs, die Unzufriedenheit der indischen Volksmassen mit dem englischen Unterdrückungsregime beheben. Die Verlegung der Hauptstadt von Kalkutta nach Delhi sollte ein besonders schöner Gedenktag der Engländer sein, und wenn man die Zeitungen der englischen Journalisten in Indien zuhört, so möchte man meinen, daß die ganze Bevölkerung Indiens die Neuerung als eine grenzenlose Geduld zeigte. Es liegt deshalb eine gewisse positive Geduld darin, daß der Reichstag gegen den Vizekönig getadelt anlässlich der festlichen Proklamation dieser administrativen Änderung verurteilt wurde.

Aber trotz dieser blutigen Warnung an die englischen Mandatanten ist es noch nicht klar, ob dieses Attentat als ein System dafür betrachtet werden muß, daß die gefährliche nationale Bewegung, die in den letzten zwei Jahren ohne Zweifel einigermaßen zur Ruhe gekommen war, mit erneuter Wucht ausbrechen wird. Die Reformpolitik Lord Hardinges und seines Nachfolgers hat augenscheinlich nichts den Erfolg gehabt, die einflussreichen und wohlhabenden Eingeborenen schichten wenigstens auf einige Zeit zu beruhigen, indem ihnen ein besserer Zugang zu den Verwaltungskörperschaften und dem Staatsdienst verschafft wurde. Aber gerade die revolutionäre Bewegung dieser besitzenden Schichten war es, die die Engländer am meisten fürchteten. Sie übersehen nur, daß die Gärung eine viel tiefere Ursache hatte, nämlich das nationale Gedenk und der chronische Hunger der 300 Millionen indischer Bauern und Proletariat. Diese Unzufriedenheit kann durch keine Reformen beseitigt werden. Keine Verlegung der Hauptstadt, auch nicht durch kaiserliche Reformen einflussreicher „Legislative“ oder durch die administrative Wiederherstellung Bengalens befähigt werden. Vieles ist weder der Täter ausfindig gemacht worden, noch auch ist bekannt,

ob das Attentat überhaupt politische Bedeutung hat oder nicht. Aber wenn es, was vorauszusetzen ist, sich um ein politisches Attentat handelt, dann dürfte sich zeigen, daß es diesmal ganz deutlich nicht die Unzufriedenheit der besitzenden Klassen, sondern die Erbitterung der gerechneten Millionen ausdrückt. Der Vorfall wird den englischen Mandatanten für alle Fälle eine einträgliche Warnung sein, ob sie irgendwelche politische Folgen haben wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Die imperialistischen Mandatanten müssen den Vorfall selbstverständlich dazu aus, eine neue Ära der Blut- und Eisenpolitik in Indien zu fordern, aber es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung töricht genug sein wird, diesem Rufe zu folgen. Wahrscheinlicher ist es, daß man zunächst nichts mehr von indischen Flottengeschäften hören wird.

Preussische Parteiarbeit.

Bericht des geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission 1910-1912

III.

Am Dienstag, den 12. April, fand die letzte Beratung des Wahlgesetzes statt.

Die zu einer Kammer schickbarer Art anordnete. In dieser Hinsicht man einfach das Wort ab und die Abstimmung brachte die Annahme des Wahlgesetzes. Das preussische Verzeichnis nahm am 15. April 1910 Stellung zu der sogenannten Wahlrechtsvorlage. Nach kurzer Beratung wurde die Vorlage einer Kommission von 20 Mitgliedern überwiesen. Die Arbeiterpartei aber war sich schon nach der ersten Sitzung klar, welche „Verbesserungen“ der Vorlage sie von dieser Seite zu erwarten habe. Der Wahlrechtsausschuss nahm ungeschwächt seinen Fortgang.

Am 28. und 29. April 1910 fand im preussischen Herrenhaus die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage und die Abstimmung darüber statt. Was man nicht für möglich hielt, geschah: Dieses mit politischer Anteilhaftigkeit erfüllt belastete Haus brachte es fertig.

Die Wahlrechtsvorlage noch weiter zu verhandeln. Selbst das Abgeordnetenhaus hatte beschlossen, daß der Gesamtwahlbetrag eines Wählers nur bis zu 5000 Mk. und in Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern bis zu 10 000 Mk. angedreht werde, um so den pluralistischen Charakter doch etwas zu mildern. Die Herrenhäuser beschlossen, „Abweichung“ die Staatskommissionen eines Wählers die Summe von 8000 Mark, in den Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern die Summe von 6000 Mk., so wird der überhöhte Betrag der Staatskommissionen nicht angedreht.“ So besaß die Wahlrechtsvorlage nunmehr das Scharflicht der Kommissionen und vor allem die Grund- und Gebäudebesitzer sollten voll angedreht werden, auch wenn sie überhaupt nicht erhoben werden, wie z. B. in den Gutsbezirken des Ostens. Weiter hatte die Regierung in der Begründung ihrer Vorlage sich mit Eifer für die Beobachtung der Verhältnismäßigkeit im Bezug gelobt, weil sie sich nur zu einer Verwirklichung des Mittelstandes versprach. Das Herrenhaus beschloß, die Steuerentlastung in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern über die ganze Gemeinde, in größeren Gemeinden in Bezirken von 20 000 Einwohnern vorzunehmen.

Die offen ausgehende Absicht dabei war, den Arbeitern ihr kümmerliches Wahlrecht vollständig zu nehmen. Bei der wiederholten Abstimmung am 21. Mai 1910 wurden vorstehende Verhältnisse noch einmal dem Herrenhaus bekannt.

Die letzte Lesung der Wahlrechtsvorlage fand für das preussische Abgeordnetenhaus am 21. Mai statt. Die Zeit mußte zur Agitation gegen die Verhöhnung des arbeitenden Volkes ausgenutzt werden. Der deutsche Parteivorstand beschloß, einen Wund der Parteileitung Preußens entgegenkommend, die Arbeiterpartei für die Wahlrechtsdemissionen auszugeben. In diesem Sinne war auch der Parteivorstand der Partei gehalten. Die Partei selbst nahm einen wahrhaft glänzenden Verlauf, die Stimmung der Massen war kampfmühtiger und siegesbewußter denn zuvor. Und wenn die bürgerlichen Zeitungen meinten, die Verfassungen wären nur so gut beibehalten worden, weil sie zu Wahlrechtsdemissionen gestempelt wurden, beweisen sie damit selbst, wie tief der Gedanke der politischen Gleichberechtigung in die Herzen der Arbeiter eingedrungen ist.

Die Parteileitung Preußens stellte den Organisationen das Hauptziel die Herren gegen das Wahl, zu welchem kurz das vollständige Verbot des Herrenhauses schickte. Dieses nahm am 21. Mai die Vorlage nochmals mit allen Verhinderungen an, worauf der Entwurf an das Abgeordnetenhaus zur nochmaligen Abstimmung gelangte.

Bei der durch die Beschlüsse des Herrenhauses erforderlich gewordenen nochmaligen Beratung am 27. Mai verwarf das Abgeordnetenhaus den § 8. Dieser Paragraph behandelte die Drittelung; er war vom Herrenhaus noch verabschiedet worden und somit in den Mittelpunkt der Debatte gerückt worden. Eine Verknüpfung wurde ausgeschlossen. Da erhob sich der Reichstagsrat und gab folgende Erklärung ab, die die gesamte Linde des Hauses mit lebhaften Beifall beantwortete:

„Durch diese Beschlüsse ist eine Einsicht im Gesetz entstanden, in welcher Weise die Arbeiterparteien keine Bestimmungen darüber, in welcher Weise die Arbeiterparteien dieses Hauses zu der Frage einengenommen und in diesen Beschlüssen bekräftigt haben, ist nach Auffassung der Staatsregierung die Ansicht auf eine Verknüpfung über diesen Bestandteil der Vorlage ausgeschlossen.“ Er erklärte infolgedessen im Namen der königlichen Staatsregierung, daß sie auf die Weiterberatung des Gesetzes keinen Wert mehr legt.“

Unter allgemeiner Beifall der Haus erklärte nunmehr der Reichspräsident v. Borch: „Die weitere Beratung der Wahlrechtsvorlage ist damit geschlossen.“

Demit war der Wahlsieg verhehrt.

Am 1. Juni 1910 wandte sich der deutsche Parteivorstand und die preussische Parteileitung noch einmal an die arbeitende

Bevölkerung Preußens, sie auffordernd, das Geschehene nicht zu verzeihen und der Regierung bei der bevorstehenden Reichstagswahl die allein richtige Antwort zu geben.

Gewerkschaftliches.

Zur Bergarbeiterbewegung im Saargebiet.

Einer Nachricht bürgerlicher Blätter zufolge hat der Leiter der städtischen Gruben den Bergarbeitern erklärt, er werde eine Erläuterung der Arbeitsordnung an die Belegschaft gelangen lassen, die jede mißbräuchliche Auslegung und Anwendung der neuen Bestimmungen ausschließt. Unter der Voraussetzung, daß die Vergütung nicht zu einem Auslande schickten, daß er ein bindendes Versprechen, die Löhne „angemessen“ zu erhöhen. Die Antwort der christlichen Gewerkschaften lautete noch dem feste gegeben werden. — Daran können aber wird der Streik am 2. Januar beginnen. — Daran können aber nicht alle Anschläge auf den Gruben ebensowenig etwas ändern, wie alle Streikführerreden der Führer von „Eis Berlin“, die ja übrigens keine Mannschaften hinter sich haben. „Was auch die Bergverwaltung sagt, schreibt oder drucken läßt, ist für euch völlig gleichgültig. Der Beschluß ist gefaßt.“ So verurteilt ein Flugblatt des christlichen Gewerkschaften. Die Erbitterung unter den Bergleuten ist derart gewachsen, daß, wenn nicht bis zum 2. Januar die Lohnforderungen der Saarbergarbeiter erfüllt sind und die Arbeitsordnung zurückgezogen wird, es sicher zum Streik kommt.

Die Fördermaschinen sind gegen den Streik. In Saarbrücken hielt der Verband der Fördermaschinen eine Versammlung ab. Nach ausgedehntem Klatsch auf den obersten Bergleuten wurde beschlossen, die Arbeit nicht einzustellen, da bei einem Streik im Saargebiet die Sozialdemokraten die Löhden seien. Die Fördermaschinen mögen nur an der Arbeit bleiben, die Hauptfrage ist, daß der Förderort leer läuft.

Die Deutsche Bergwerkszeitung, ein Unternehmerorgan, rät auf Unterhandlungen durch die Regierung. Sie sagt: „Nachdem Staatssekretär Bellrich vor kurzem erst im Reichstage die Ansicht ausgesprochen hat, daß das Fortbestehen der christlichen Gewerkschaften zu wünschen sei, wird die Regierung nicht umhin können, mit dem Gewerbetreibenden zu verhandeln.“ Das Unternehmerorgan erkennt an, daß die Löhne des Saarbergmanns ungenügend seien, es bekräftigt aber die Bergarbeiter auf die Hilfe durch das Parlament und warnt sie, etwas zu unternehmen, ehe ihre Beschwerden im Parlament gründlich geprüft und durchgeprochen sind. — Geprüft und durchgeprochen wurden die Beschwerden des Saarbergmanns im Reichstag schon oft genug, ohne daß ihm je geholfen wurde, so daß selbst den christlichen Führern der Glaube an die Hilfe des Parlamentes schwand. Heute noch Süssler, der frühere christliche Generalkonferenz an der Saar: „Wer glaubt, daß der preussische Landtag etwas für die Bergarbeiter tut, ist unheilbar verrückt.“ Das wissen auch die Saarbergleute. Sie verlassen sich nicht mehr auf den Dreifaltigkeitstag, sondern vertrauen ihrer eigenen Kraft und Würde.

Soziales.

Der Anfang der bestehenden „Vollversicherung“.

Die „keine“ Lebensversicherung, die sogenannte Vollversicherung, ist bekanntlich erst geringen Alters, besteht sie doch erst etwa 25 Jahre. Gleichwohl hat sie sich außerordentlich rasch entwickelt. Im Jahre 1907 waren bereits 6 089 281 Kleinrentenversicherungen eingeführt. Nach einer eben erschienenen Statistik des Reiches, Aufschärfendes für Privatversicherung liefen Ende 1910 bei den deutschen Lebensversicherungsgesellschaften 8 757 979 Vollversicherungspolice. Die Versicherungssumme betrug 1 626 410 728 Mk. Der Anwesenanteil an diesen Summen entfällt auf die Victoria, die 8 524 180 Policen mit 732 040 647 Mk. Versicherungssumme laufen hatte. Ihr folgte die Friedrich Wilhelm mit 2 881 858 Policen und 401 516 116 Mk. Versicherungssumme, sodann nach einem großen Abstand die Wilhelm in Magdeburg mit 173 877 Policen und 46 880 860 Mk. verhöfeter Summe, die Deutschland in Berlin mit 178 663 Policen und 35 249 643 Mk. Versicherungssumme usw. In den obigen Gesamtsahlen ist auch die Zeitungs-Abonnentenversicherung einbezogen, die nur von der Rheinberger Lebensversicherungsbank betrieben wird. Sie hatte 1 168 766 Versicherungen mit 84 761 040 Mk. laufen. Im Durchschnitt sämtlicher laufender Vollversicherungen entfällt auf eine Police der Versicherungsbeitrag von 204 Mk. Und der Statistik ist zu entnehmen, daß die Vollversicherung eines unehelichen Verwaltungsabwands erfordert. Bei der Victoria sind es 28,7 Prozent, also rund ein Viertel, der eingeschobenen Prämie, im Durchschnitt aller Versicherungs-Gesellschaften 25 Prozent.

Diese ungeheure Ausbreitung der Vollversicherung hat verschiedene Gründe. Zunächst ist wirklich ein Bedürfnis nach weitestgehendem Fürsorge, als die staatlichen Einrichtungen bieten, im Volke vorhanden, sodann hat auch der ganze kapitalistische Betrieb der Versicherung, insbesondere die Art der Werbung der Versicherten durch die Agenten, das seine dazu beigetragen.

Verantwortlich für den Artikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Wessellon und Vermittliches Karl Doh, Lokales Wilhelm Koenen, Brommles Gott. Kasperik — Verleger und für die Inhalte verantwortlich V. Käthe. Gedruckt in Halle. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Verlagsdruckerei (E. G. m. b. H.).

2021 Zahnpraxis H. Zimmermann, Gr. Steinstr. 891 (Am Wühlhalla) 10-5.

Der alljährlich nur einmal stattfindende große Saison-

Räumungs-Ausverkauf

beginnt Donnerstag den 2. Januar.

Geschäftshaus

5142

Wir bringen auch diesmal wieder grosse Ueberraschungen.

U. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Silvesterfeier

Sonntag

Sonntag

Montag

Dienstag

Scherz-Attrappen

mit originalen Füllungen.

- Froschteich
- Reichsbombe
- Eierbecher
- Bosco-Zylinder
- Tiroler Hüte
- Knallerbsen
- Streichhölzer
- Glücks-Flündern
- Glücks-Fische
- Tip-Top-Wunderhut
- Menagerie m. Knall
- Glücks-Schwein.
- Glücks-Hasen
- Krawallpapier
- Ulkkart. m. Aufschr.
- Scherz-Obst
- Geldschrank-Knack.
- Rauchend. Hinterl.
- Champagnerpfropf.
- Sektflaschen

- Römer auf Fusa . . . 22 Pf
- Punschgläser auf Fusa 14 Pf
- Weingläser Spezial-Kristall 16 Pf
- Tea-Becher mit Bordur. 8 Pf
- Sekt-Gläser . . . 25 15 7 Pf

Weine, Delikatessen.

Rotwein Flasche 95 Pf	Samos Flasche 95 Pf	Moselwein Flasche 85 Pf
Rotwein I Flasche 1⁰⁸ Pf	Samos Anbruch Flasche 1¹⁰ Pf	Bechtelmer Flasche 1⁰⁸ Pf
Portwein Flasche 98 Pf	Samos Muskat Flasche 1⁰⁵ Pf	Hierstuber Flasche 1⁰⁵ Pf
Alter Portwein Flasche 1⁰⁵ Pf	Madeira Flasche 1⁰⁵ Pf	Hochelmer Flasche 1⁰⁵ Pf
Rheinwein Flasche 85 Pf	Sherry Flasche 1⁰⁵ Pf	Apfelwein Flasche 32 Pf
Apfelsinen 8 Stück 10 Pf	Ital. Salat ¼ Pfd. 25 Pf	Ananas Pfd. 78 Pf
Gem. Zucker 5 Pfund 95 Pf	Gekocht. Schinken ¼ Pfd. 35 Pf	Sardinen Dose 46 Stk 28 Pf
Tea 2 Pakete 15 Pf	Thür. Rotwurst Pfund 55 Pf	Hering in Gelee Dose 25 Pf
Erdbeeren Glas 78 Pf	Sardinen Glas 25 Pf	Bismarckheringe Dose 40 Pf
Erdbeeren 2 Dose 90 Pf	Essiggurken ¼ Pfund 10 Pf	Appetit-Bild Dose 40 Pf
Ananas Dose 88 Pf	Santgurken ¼ Pfund 12 Pf	Sardellen-Ringe Dose 30 Pf
Brotheringe in Champ.-Sauce, Dose 78 Pf	Neujahrkarten Stück 5 4 8 9 1 Pf	Sardellen ¼ Pfund 25 Pf
Stangenspargel 7 Pfd.-Dose 1⁰⁵ Pf	Zitronen 8 Stück 10 Pf	Anchols Glas 25 Pf
Bruchspargel 2 Dose 68 Pf	Feigen Pfund 32 Pf	Delikatessheringe Dose 80 Pf
Gemischt-Früchte 2 Pfd.-Dose 80 Pf	Datteln ¼ Pfund 12 Pf	Rollmops Stück 4 Pf
Mirabellen 2 Pfd.-Dose 74 Pf	Krachmandeln ¼ Pfund 18 Pf	Brattheringe Stück 8 Pf
Leipz. Albert , 2 Dose 89 89 45 Pf	Trauben-Rosinen ¼ Pfd. 18 Pf	Bismarckheringe Stück 8 Pf

Die Ausgabe unserer **Kalender** hat begonnen.

Blei-Figuren 58 Pf
Karton 19 Stück mit Lötfel . . 76

Blei-Figuren 5 Pf
lose Stück

Blei-Figuren 35 Pf
Karton 6 Stück mit Lötfel . . 48

Scherz-Attrappen

mit originalen Füllungen.

- Paranüsse
- Knallende Herzen
- Scherz-Korke
- Eidechsen
- Brezeln
- Pfannkuchen
- Fondants
- Eiswaffeln
- Gemischte Konfitür.
- Knackmandeln
- Walnüsse
- Schneebälle
- Feuerwerk-Zigaretten
- Scherz-Zigarren
- Kaviar-Brötchen
- Riesen-Knüttel
- Salz-Stangen
- Scherz-Bomben
- Schildkröten
- Pralines
- Waffel-Dessert

- Eierbecher Goldrand 15 **7** Pf
- Lithygläser 10 7 **5** Pf
- Glasstiller **3** Pf
- Zitronenpressen **8** Pf
- Fruchtschalen **15** Pf

Leopold Nussbaum.

Zentralverband d. Zimmerer

Zahlkelle Halle a. S. und Umgegend.
Sonntag, den 29. Dezember, nachm. 2 Uhr:

Bezirksversammlungen.

- Für **Halle** bei **Streicher, H. Klaus-** **straße.**
- Für **Dölan** in **Kuells Hütte.**
- Für **Ammendorf** bei **Oswald** in **Kadowell.**
- Für **Landsberg** im **Katscheller.** 5184

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Beratung der Anträge zur 20. Generalversammlung in Berlin.
2. Delegiertenwahl zu derselben.
Kollegen! Es ist Pflicht eines jeden, in der Versammlung zu erscheinen und seine Stimme mit abzugeben bei der Beratung der Anträge, wie auch bei der Delegiertenwahl. — Die Arbeitslisten erhalten 50 Bfg. Entschädigung.

Standsamtliche Nachrichten

Halle-Stadt (Steinweg 2, 24. Dezbr.)
Aufgeboden: Ingenieur Wallber und Margarete Plaurack (Blumen- und Fleisenerstr. 108). Bauhilfer Spar- und Margarete Schmilgen (Vertrammstraße 24 u. Schmetzstraße 26). Arbeiter Heiler und M. Hörner (Sangerhausen). Sattler Hartmann und G. Thomas (Ketschig und Dalie).
Schleierungen: Metalldreher Sonnenberg und Martha Schöbel (Merseburgerstr. 106 und Poststraße 13). Kaufmann Dering und Helene Pauline Herrnhart (Poststraße 6). Schlosser Käbel und Marie Heubert (Körnerstr. 24 und Oberlentenstraße 13). Dreher Bösch und Martha Henrich (Fuldastr. 4 u. Beelenstr. 106).
Uchler Hoffmann u. Clara Bock (Vertrammstraße 67a und Lurmitz 2).
Blumenmacher Schuck u. Ulrike Thomas (Merseburgerstraße 88 und Wollstraße 17).
Geboren: Arbeiter Daume E. (Klinik). Elektromonteur Damm E. (Schmetzstraße 11a). Arbeiter Reichmeier E. (Klinik). Arbeiter Kaproski E. (Rangerstraße 7). Arbeiter Schneider E. (Gompelstraße 40).
Verheiratet: Aderle Knappe (76 S. (Glaugenerstraße 88).
Stationsausleiter Berner aus Wolow. 48 S. (Klinik). Witwe Henriette Koch geb. Stieland. 70 S. (Gartenstr. 9). Witwe Ida Müller geb. Berger. 76 S. (Vorlängerstr. 8).

Hallesche Genossenschafts-

Drucksachen aller Art

— Prompte und reelle Bedienung —
Zivile Preise Moderne Ausführung

empfehlen sich dem geehrten Publikum, sowie den Arbeiter-Verbänden und -Vereinen zur sauberen Herstellung von

Das Orientproblem.

Schlusfolgerungen. (Schlußartikel.)

Der Krieg entbrannte. Es steht schon jetzt fest: es war der blutigste Krieg aller Zeiten. Die Verluste der Toten und Verwundeten überstiegen die im deutsch-französischen Krieg erzielten. Die Balkanstaaten haben aber eine geringe Bevölkerungsdichte — auf diese verteilt, zeigen die Verluste ein Verhältnis, das um das Mehrfache die Verluste Deutschlands und Frankreichs in jenem historischen Krieg übersteigt. Was ist erreicht worden? Geben wir uns Rechenschaft, inwiefern die verschiedenen Interessen, die in diesem Kriege mitgeteilt hatten, ihre Entlohnung fanden.

Die nationale Frage. Es sind neue nationale Einheitsstaaten entstanden. Nach dem durch den Krieg erzielten Annektionen wird Bulgarien zu 25 Prozent seiner Bevölkerung muslimanisch bzw. türkisch sein; einen bedeutenden Teil muslimanischer Bevölkerung erhalten auch Serbien und Griechenland, während der größte Teil der Serben nach wie vor in Oesterreich-Ungarn, ein großer Teil der Griechen nach wie vor in der Türkei verbleiben. Die Idee des nationalen und religiösen Einheitsstaates erweist sich unter den Verhältnissen des Orients als ein Phantasie; je mehr man die eine Nation politisch zusammenfaßt, desto mehr scheidet man in dieselben Staatsgrenzen auch andere Nationen und Religionen ein.

Die imperialistische Frage. Man gerät immer mehr in den Gedanken, dass die Türkei, die in diesen Kriegen einen großen Nutzen davon hat, nicht mehr eine Balkanmacht sein wird, sondern ein bloßes Pufferland zwischen den europäischen Großmächten. Man hofft ein „unabhängiges“ Albanien, von dem man noch mehr erwarten will, daß es sich nicht wird halten können. Der einzige Zweck dieser diplomatischen Gründung ist, den europäischen Krieg nicht etwa zu vermeiden, sondern hinzuwirken zu lassen. Das selbständige Albanien ist bestimmt, unter den Großmächten zerstückelt zu werden, und das wird kaum ohne einen europäischen Krieg abgehen.

Die Balkanfrage. Die Balkanfrage ist nicht nur eine Frage der Macht, sondern eine Frage der Wirtschaft. Die Balkanländer sind sehr reich an Rohstoffen, die Erreichung maximaler Stützpunkte werden in ihnen die imperialistischen Tendenzen geweckt. Der Militarismus, der die ganze wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder bedrückt, wird erst recht wachsen. Zwischen Griechenland und Bulgarien ist jetzt ein Wettstreit im gegenseitigen Meer geworden, unter dem kapitalistischen Gesellschaften, damit das Privatkapital gesichert werde. Die türkischen Bauern, die sich für den Krieg, brauchen keine Angst um ihre Grundstücke zu haben. Anders freilich die Hunderttausende geknechteter muslimanischer Bauern — diese werden es schwer haben, ihre Rechte auf die verlassenen Parzellen wahrzunehmen. Außerdem gibt es viel unbebautes Land, das dem türkischen Staat gehörte. Man glaube aber nicht, daß dies den Bauern der verbündeten Staaten zufallen werde. O nein, da sind schon andere da, die es auf dieses Land abgesehen haben und mächtiger sind, als der Bauer.

Die Bauernfrage. Es sind große Stützpunkte fruchtbarer Landes der Türkei geräumt worden. Aber die Verdrängung der politischen Angehörigen bedeutet noch nicht eine Aenderung der privaten Grundeigentumsrechte. Dafür leben wir ja in kapitalistischen Gesellschaften, damit das Privatkapital gesichert werde. Die türkischen Bauern, die sich für den Krieg, brauchen keine Angst um ihre Grundstücke zu haben. Anders freilich die Hunderttausende geknechteter muslimanischer Bauern — diese werden es schwer haben, ihre Rechte auf die verlassenen Parzellen wahrzunehmen. Außerdem gibt es viel unbebautes Land, das dem türkischen Staat gehörte. Man glaube aber nicht, daß dies den Bauern der verbündeten Staaten zufallen werde. O nein, da sind schon andere da, die es auf dieses Land abgesehen haben und mächtiger sind, als der Bauer.

Bauer. Vor allem der Staat selbst. Der Staat wird die Erträge der Landbesitzung und des Landverkaufs brauchen, um die Finanzen der wachsenden Staatsverwaltung aufzubringen und ausser dem Staat sind die Banken da, die das Landgeschäft in jeder Form betreiben. Wenn aus der Bauer Land ergriffen, so erhält er es nicht unentgeltlich, er wird es aus der Hand des Staates und der Banken bekommen und dabei, wie das noch immer der Fall gewesen ist, durch gegenseitige Konkurrenz den Bodenpreis zu hinaufschrauben, so ihm selbst kaum noch die nackte Existenzmöglichkeit verbleiben wird. Es sind ja Parzellenbauern deren Zahlungen belohnt ist. In Bulgarien a. B. besitzt die Majorität der Bauern nur je 1/2-3/4 Hektar Land!

Nicht besser wird es den Bauern des nördlichen „befreiten“ Mazedoniens ergehen. Die mazedonischen Bauern sind Väter, das Land gehört den türkischen Grundbesitzern. Es ist das alte Verhältnis, wie es noch jetzt in dem schon längst griechischen Zypern besteht. Große Flächen des fruchtbarsten Bodens bleiben unbebaut oder werden von den noch immer zum Teil türkischen Großgrundbesitzern als Weide verpackt, während Griechenland jährlich bedeutende Quantitäten Getreide von auswärts bezieht. Was nicht ist, das Griechenland noch weiteres Territorium annektiert, oder daß Mazedonien bulgariert wird, wenn die Agrarverhältnisse dieselben bleiben? Die Lage des Bauern wird sich nur noch verschlimmern. Schon die türkische Revolution, da sie mehr Vertriebenheit und in der ersten Zeit eine gewisse nationale Sicherheit gebracht hatte, hat die Bodenpreise und den Bodenbesitz auf das Doppelte und Dreifache gesteigert. Jetzt, da auch das Landbesitzverhältnis aufzuheben wird — die früheren Landbesitzer werden vermuthlich in Beamtenstellungen aufsteigen — da werden die Bodenpreise und der Bodenbesitz erst recht in die Höhe gehen. So kann man mit Sicherheit sagen: die Anexion wird den türkischen Reichthum bringen, den Bauern Armut, sie bringt Schrecken und Zwang den Bauern, sie befreit nicht den mazedonischen Bauern von der Herrschaft des türkischen Grundbesitzers, sie befreit vielmehr den türkischen Bauern, die sich für den Krieg, brauchen keine Angst um ihre Grundstücke zu haben. Anders freilich die Hunderttausende geknechteter muslimanischer Bauern — diese werden es schwer haben, ihre Rechte auf die verlassenen Parzellen wahrzunehmen. Außerdem gibt es viel unbebautes Land, das dem türkischen Staat gehörte. Man glaube aber nicht, daß dies den Bauern der verbündeten Staaten zufallen werde. O nein, da sind schon andere da, die es auf dieses Land abgesehen haben und mächtiger sind, als der Bauer.

Die industrielle Entwicklung. Es wird ein industrieller Kampf entstehen, der sich nicht nur auf die Balkanländer beschränken wird, sondern auf die ganze Welt. Die europäische Industrie wird sich weiter ausbreiten und die amerikanischen Länder werden in eine noch größere Abhängigkeit von der europäischen Industrie geraten, wie bisher.

Die Bauern, die schon jetzt in Wäldern nur deshalb auf dem Lande verbleiben, weil sie keinen Ausweg in die Industrie finden, werden den Sozialisten zufallen. Das Proletariat wird wachsen und mit ihm die Sozialdemokratie.

Der Massenwut der Arbeiter wird u. a. mit den Sozialisten innerhalb der sozialistischen Bewegung der Balkanländer aufkommen. Die Aufhebung der mazedonischen Frage, die eine unversöhnliche Quelle nationaler Feindschaften und politischer Korruption war, wird der unruhigen und unläuternden Elemente, die sich an die Sozialdemokratie herandrängen, den Nährboden entziehen. Es wird eine klare Scheidung stattfinden, wodurch die Einheit der revolutionären Sozialdemokratie eminent gefördert werden wird.

Dem industriellen Aufschwung und den Schwindelgründungen wird die soziale Krise desto rascher nachfolgen, als der koloniale Kapitalismus die Entwicklung des inneren Marktes hemmt. Das wird die Sozialdemokratie erst recht in die Höhe bringen.

Die Lösung. Die Lösung des Orientproblems ist nur möglich auf dem Wege der Demokratie.

Die Demokratie ist notwendig, um die Ausbeutung, dem Bauer, dem Kapital entgegen zu wirken, den Volkswirtschaft zu heben und so zur industriellen Entwicklung die Wege zu bahnen.

Die Demokratie ist notwendig, um die freie Entwicklung der Nationen, die nicht mehr voneinander zu trennen sind, im gemeinsamen Staatsbunde zu sichern.

Also, eine Konföderation der Balkanstaaten auf demokratischer Grundlage, wie es die sozialistischen Parteien verlangen.

Die Demokratie wird die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen der Volksmassen aller Nationen aufheben und so die Welt zur Entwicklung gemeinsamer kultureller Bestrebungen schaffen.

Das ist es aber nicht, was die Vertreter der kapitalistischen Großmächte und der Oligarchen erstreben. Sie sehen darin vielmehr eine Gefahr für ihre eigene Macht und Herrschaft. — Die Demokratie ist nur zu erreichen unter Anführern an das organisierte Proletariat.

So wird die Folge des Krieges die Entfestigung des internationalen Kampfes sein, den die Jungtürken während der Revolution so sorgfältig zu unterdrücken bemüht waren.

Parvus.

Die Balkankrise.

In den Friedensverhandlungen in London, die bis Sonnabend (morgen) vertagt wurden, ist insofern ein kleiner Schritt nachwärts zu bemerken, als die Balkanstaaten nunmehr, die am Dienstag bereits mitgeteilt, ihre Forderungen formuliert haben und die Türkei ihre Gegenverpflichtungen vorgelegt hat. Der Kernpunkt der Verhandlungen bleibt nach wie vor die Auseinandersetzung über den Besitz von Adrianopel, das die Türkei unter keinen Umständen abtreten wollen, und die Bulgaren auf jeden Fall nicht verzichten. Die Hartnäckigkeit, mit der die Türkei auf dem Besitz der Festung besteht, ist nur zu begreiflich. Denn wenn sie das von den Balkanstaaten beanspruchte Landgebiet ohne weiteres alles abgibt, dann ist ihre Rolle in der europäischen Türkei vollständig ausgefüllt. Der Besitz von Konstantinopel, von wo aus sie die Balkanländer weiter gegen russische Einwirkungsversuche „bewachen“ können, würde aber dadurch die Aufgabe von recht fragwürdigen Wert sein, weil der Balkanbund bei Annahme seiner Forderungen eine zu große Macht im Mar-marameer erlangen würde. Was Wunder also, wenn sich die Türkei hartnäckig gegen die ihr zugemuteten Bedingungen wehrt und alles Mögliche anstellt, um sie zu mildern. — Die von Konstantinopel gemeldet wird, ist die gesamte türkische Presse einig darin, daß die von den Balkanländern verbündeten aufgestellten Friedensbedingungen „unannehmbar“ seien. Sie erklärt es vor allem für unmöglich, daß die Türkei Adrianopel abgibt, das Abgehen von seiner großen strategischen Bedeutung für die Erhaltung der Türkei als europäischer Staat, das durch geschichtliche Erinnerungen an die Türkei gemüht sei. Die Türkei weilt den Gedanken zurück, daß die Bulgaren einen Zugang zum Mar-marameer erhalten, oder daß alle Inseln des Ägäischen Archipel an Griechenland abgetreten werden. Derartige Bedingungen müßten einem dauernden Frieden nicht nützen. Man glaubt, daß die Verbündeten diese Forderungen als Maximum aufgestellt haben, um schließlich zu einem Vergleich zu gelangen, der auch eine Entschädigung enthalte.

Italien meldet, die Porte werde eine Grenze vorschlagen, die von einem Punkte des Golfes von Saros ausgehe und bis

Lügen. [Nachdr. verb.]

Geschichten vom Kriege von Gustaf Janson.

Pontanara wurde die Schultern. Was im nächsten Dunkel groß, klein und rühmlich gewesen, wurde im nächsten Lichte des Morgens eine Spekulation, die äußerst zweifelhaft schien. Pontanara erlief vor seinen eigenen Gedanken. Er wurde argwöhnlich auf sich selbst. So urteilten ohne Zweifel Italiens Feinde, die eigenen Söhne des Landes sagten etwas ganz anderes.

Seine Wirtin gibt ein letztes Mal zu den Bergen, die in der Ferne blauen. Auf einmal hat er wieder das ganze Morgenland im Rücken und der Bosphorus. Er streifte die Hände nach der Hüfte aus, wie nach einem Leibe, jämmerlich vermisst Freund, und ein vorübergehendes Angewandte, über die die Hand hinaus.

„A rividerci, Puff! Sal! Soweit es nur auf mich ankommt, werden wir uns wiedersehen!“

Es war nicht das von den Dichtern vielbesungene Mittelmeer, über das Pietro Pontanara diesmal fuhr. Ein hartes, unheimliches Gewitter, aus dem unheimliche Riesenfiguren immerfort kleine Steine herausschleuderten, breitete sich vor dem Dampfer aus. Wägen und eine bunte Welle den Boden des Schiffs hoch in die Luft, das sein totemaltes Leben sichtbar wurde. Gleich darauf gab sich sein vorderer Teil in die nächste Woge, und dann war der Dampfer ein Reize, einige Schwärme in der Luft zu lächeln. Pontanara selber sitzt nicht von dem Segel. Aber die Hunderten von Mächtigkeiten, die der Dampfer mit sich führte, hatten eine schmale Lieberfahrt. Es waren größtenteils Frauen und Kinder, die in dem ersten Schrecken, den der Ausbruch des Krieges hervorgebracht, festgefesselt wurden, um aus den Wogen zu sein, die in den nächsten Angelegenheiten blieben, das Gefühl tief in sich.

Pontanara betrachtete die frange und niedergelagene Woge, die sich auf dem Aufsteigenden ausdehnte. Für die, die die Mittel besaßen und vermuthlich auch Verwandte und Freunde in dem Land, in das sie zurückkehrten, war ja der Dampfer nicht das Bedenken, was von dem Dampfer aus, über die den Feinden ausgeliefert. Pontanara konnte sich nicht von diesem Gedanken trennen. Er kam immer wieder darauf zurück. Sein Vaterland, das doch den Krieg begonnen, verlangte also, daß die Angehörigen der Landseite der See auf dem Dampfer sollten. Denn er wollte nicht denken, daß man ganz einfach diese hilflosen Leuten nicht in Betracht gezogen hätte.

Pontanara hatte ferner gerachtet. Er konnte bisher noch nicht die Veranlassung des Krieges. Aber ferner ließ ihn besonders zwingende Art. Im allgemeinen Zusammenhang ließ sich kein direkter Zusammenhang auf ein Kriegszustand feststellen, ein ohne eine Notwendigkeit, die so bitter hart ist, daß jede andere Möglichkeit weichen muß.

Wäre von diesem Ereignis über etwas, das er nicht verstand, sagte Pontanara den Kapitän des Dampfers auf. Er erklärte ihm, daß er großen Bedauern aus einer Einde käme, wo die Rettungen, die überhaupt klangelten, im glücklichsten Falle noch Wochen alt waren. Er mußte nicht über diesen Krieg, aber jemand, der ein Gefühl zwischen den verschiedenen Gassen führte, war vermuthlich genau darüber unterrichtet.

„Nun und gut... die Veranlassung?“

Der Kapitän blickte mit dem einen Auge und musterte den Braggell.

„Nun ja, er und die Schultern. Aber das Beste, was man tun kann, ist die Kräfte zu sein. Das ist Veranlassung genug, heute so gut wie früher.“

Pontanara ärgerte sich über das schlaue Hintertzen, mit dem die Antwort unterrichtet wurde. Er dachte gemessen für die Auskunft und entfernte sich.

Die Nacht war nicht, wie taglich lang. In dem griechischen Hafen, den sie zuerst anfielen, verblüffte sich Pontanara einen Berg von Rettungen. Seine Augen durchliefen die Spalten, in denen vom Ausbruch des Krieges die Rede war. Ueber die Veranlassung auf diesem unerhörten Eingriff in das Leben zweier Nationen fand er nichts. Es waren todene Baller, ein paar Hüften und einige unheimliche Geräusche.

Pontanara sah ein, daß man einsteilen nicht müßte. Glücklicherweise dauerte es ja nicht mehr lange, bis er wieder vaterländischen Boden betrat. Wo dahin mußte er sich eben gebunden.

„Gottlob!“ — Obwohl das Mittel bis Meapel nicht war, verblüffte Pontanara das Schiff in Weinbühl. Wenn er von hier aus die Bahn benutzte, gewann er ein paar Tage.

Das Gump war gedrängt voll. Pontanara lauschte aufmerksam dem Gespräch der Mitreisenden. Der Gedanke, er müsse sich eine Meinung über den Krieg bilden, war fast nur durch die ihm gemachten. Die Passagiere redeten über alles Mögliche, nur nicht über den Krieg. Sobald aber jemand vernehmlich dieses Thema streifte, entstand allgemeines Stillschweigen.

„Man weiß noch nicht, was man glauben soll“, dachte Pontanara. Mit einem verblichenen Lächeln wandte er sich an einen fremden Mann, der ihm gerade gegenüber saß.

„Wir müssen wohl sehen, wie es geht“, antwortete dieser diplomatisch. Pontanara hätte, daß er ein Ausländer war und auch die Schultern. Gut, ihm blieb nichts weiter übrig als zu warten. Das Ganze war ja auch noch so neu, man hatte sich eben noch kein Urteil bilden können.

Der ihm sollte durch die wohlbekannte Landstraße verfuhr, hielt an einigen Stationen mit bekannten Namen. Passagiere kamen und gingen. Der lange Tag ging zu Ende, die Nacht kam heran.

„Morgen früh bin ich in Rom“, dachte Pontanara froh. Und er meinte schon zu hören, wie die Rufe des Vaterlandes.

Pietro Pontanaras erster Einbruch war eine Enttäuschung. Trotz seiner Müdigkeit nach der Reise hatte er es vorgezogen, die Wohnung seines Bruders zu Fuß aufzusuchen. Die kriegs-

rische Bevölkerung, die er erwartet hatte, existierte ganz anders nicht. Die Häuser und die Wirtin, die doch dazu „ein wenig“ waren nirgends zu finden. Pontanara ging langsam, am liebsten etwas sollte man es doch merken können, daß das Land (weder einen großen Krieg) bekommen hatte.

Die Ursache? — Je weniger man davon reden, desto besser.“

Pietro Pontanara mußte den Bruder vor oben bis unten. Gebürte dieser korrekte Beamte auch zu denen, die sich noch kein Urteil gebildet hatten? Oder wollte er es nicht?

Angelo beendete seinen Morgenimbis, warf einen Blick auf die Wanduhr und erklärte, sich hüten zu müssen. Wenn auch noch so viel Krieg sei, würde doch von den Beamten verlangt, daß sie sich rechtzeitig im Bureau einfinden.

Der Bruder verabredete sich für den Mittag und Angelo machte sich zum Essen fertig.

„Meine kleine Wohnung steht dir natürlich zur Verfügung, als wenn's keine eigene wäre.“ In der Zeit blieb er mit einem leichten Bote auf den Wogen stehen. „Du weißt vielleicht nicht, daß ich verlobt bin. Ich liebte dir vor einer Woche, aber du hast dich vermuthlich mit meinem Brief getraut. Er nannte einen Namen und sagte nicht, daß der zukünftige Schwelger Vater sehr reich sei.“

„Addio.“

Der Mittag der Bruder war langweilig. Angelo war korrekter und zurückhaltend. Er gab an, daß er künftighin an seine Karriere denke, das sei seine Pflicht als zukünftiger Familienvater. Der Krieg? Man würde ja sehen. Nun gut, da die Sache Pietro interessierte... es war ein politischer Gedanke, eine Spekulation. Glücke! — um so besser, traf das Genet'sche... hui Angelo auch die Schultern und teilte dem Bruder seine Müdigkeit mit, daß in die Politik zu führen, sobald er verheiratet war, würde er über die nötigen Mittel verfügen... Der Krieg? Wie gelang, man müsse ja sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Wunden Straßen als höchst mangelhaft und ersuchte um baldige Befreiung der Mängel. Die Stadtväter nahmen Kenntnis von einer fälschlichen Revision der Straßfläche, bei der alles in Ordnung gefunden wurde. Zwei Stadtväter, der Wirtshausbesitzer Kaufmann und der Frau Wülfing, wurden der beschuldigten Revision, welche die Revision der Wirtshausbesitzerin Kaufmann wurde auf 961 M. festgesetzt. In der vorigen Sitzung auf 8 M. ermäßigte Stadtvaterbesitzer wurde wieder auf 10 M. erhöht, wobei es ins Besondere der Polizeiverwaltung gefiel wurde, bei „paratiden“ der gemeinnützigen Veranstaltungen einen ermäßigten Satz zu bewilligen. Der energische Protest der Stadtväter ist demgegenüber, daß man hoch unmöglich mit zweierlei Maß messen könne, vielmehr allen Vereinen gegenüber die gleichen Maße in Anwendung bringen müsse, verhalte sich nicht. Eine auf dem Verlangen der Stadtväter erfolgte Überprüfung durch Mittel der Stadtväter abgelöst werden. Bisherig wurde dem schon einmal behandelten Antrag auf Befreiung des Wirtshausbesitzers mit Wülfing. Der von der Arbeiterkammer mit Freunden begünstigte Beschluß der Gründung einer allgemeinen Krankenversicherung wurde durch den Rat der Stadtväter nicht befürwortet, sondern die Krankenversicherung auf 1. Januar 1914 einer zu gründenden Krankenversicherung zuzuführen. Die freie Arbeiterkammer bereits ab 1. Januar 1913 in Kraft treten.

Gebäude. Wegen Stillschließens der Gebäude wurde der 48 Jahre alte Wirtshausbesitzer Wagner aus Eichenwerda vom Bankrott zur Liquidation eines Jahres Vermögens verurteilt. Obwohl der Wirtshausbesitzer Wagner ein sehr tüchtiger und eine längere Verwaltungspraxis besitzt, wurde am 1. Dezember hier mit einem effizienten Mädchen unangenehme Verhandlungen, die durch obengenannten Urteil geführt wurden.

Verden. Der Brand des Konsumvereinsgebäudes im September vorigen Jahres hatte für den Wirtshausbesitzer Wagner, dem Landwirt Wagner, zwei gleiche Strafbefehle über 3 und 15 M. im Gefolge, weil er die zur Sicherung der Passanten notwendigen Schutzmaßnahmen vorzunehmen unterlassen hatte. Gegen die Strafbefehle über 15 M. beantragte W. richterliche Entscheidung und ersuchte vor dem Schöffengericht um Freisprechung des Urteils. Das Schöffengericht sprach sich jedoch mit dem Wirtshausbesitzer einmütig einigte Verurteilung des Urteils auf und bestätigte den Strafbefehl.

Wettersleben. In einem Sanftbauern erkrankte. Bei den Fundamentierungsarbeiten für den Umbau einer großen Wohnküche in der hiesigen Papierfabrik löste sich plötzlich ein ca. 12 Zentner schwerer Steinblock, sah die Mauer des Ober- und brach sie mit dem Gefecht in einen Sanftbauern. Der Verunglückte ist darin erkrankt.

Wettersleben. Brandunglück. Am ersten Feiertag abend sind die Nebengebäude der Färberei, Wäscherei und Reinigungsanstalt Krogasch niedergebrannt. Drei Pferde, sowie 75 Stück Geflügel kamen in den Flammen um, auch verbrannte eine Spezialmaschine. Die Werkstätten blieben vom Feuer verschont. In der Brandstätte fand man später die verbrannten Überreste eines achtjährigen Knaben, des Sohnes eines Färbereibesitzer, dem beim Füttern einer Hühner die Stallterne zu Boden gefallen war, wodurch der Brand entstand. Der arme Kleine konnte sich nicht mehr retten und mußte in den Flammen elend umkommen.

Wurt. Der Kaffee der Gemeindefabrik in Lemnitz, Wurt, wurde am 1. Feiertag in seiner Wohnung in der Wurt, eine flammende Wunde an der Stirn war augenscheinlich durch einen wunden Schlag mit einem harten Gegenstand hervorgerufen. Das Geb. das Wurt in der Wohnung aufbewahrt hat, war verschwand.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 27. Dezember 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonntag, den 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine Sitzung des Vorstandes und der Halle'schen Distriktsleiter des Sozialdemokratischen Vereins statt. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Die Betriebs- und Steuerüberschüsse der Stadt.

Der Magistrat hat den mit 13 Millionen, also einer Million erhöhter Ausgaben abgesehenen Etat für 1913-14 vorgelegt. Trotz der erhöhten Ausgaben ist es, wie schon wiederholt mitgeteilt, möglich, weitere 6 Prozent Steuerermäßigung vorzunehmen. Der Magistrat schlägt vor: 156 Prozent Zuschlag zur Staatskommunaleinkommensteuer zu erheben unter Freilassung der Einkommen von 420 bis 600 M., umfassenden Steuerstufe; weiter eine Gemeindegewerbesteuer von 571 Prozent des jährlichen Leistungsumsatzes und 185 Prozent Gemeindefiskus. Zur Begründung dieser Vorschläge sagt der Magistrat über die Finanzverhältnisse der Stadt u. a. folgendes: Die günstige Finanzlage, die für das laufende Rechnungsjahr eine Herabsetzung der Zuschläge zu den direkten Steuern um 10 Prozent gestattete, macht sich, wie unser vorstehender Antrag ergibt, auch noch für das folgende Rechnungsjahr geltend. Die sonstigen Einnahmequellen haben eine so große Ausdehnung gefunden, daß bei Beibehaltung der derzeitigen Zuschläge zu den direkten Steuern die Einnahmen um circa 200 000 M. den Ausgaben überlegen würden. Deshalb schlägt der Magistrat vor, die Überschüsse mit dem vollen Betrage zur Verminderung der Zuschläge zu den direkten Steuern zu vermerken, diese also, da sich ein Prozent für das folgende Jahr auf 34 508 M. beläuft, um weitere 6 Prozent zu ermäßigen. Dieser Leberüberschuß ist um so überauswunderbar, als die Ausgaben im neuen Etat fast um 1 Million Mark gegenüber dem Vorjahre um 1 Million Mark zugenommen haben. Der Hauptanteil hiervon trägt die Vergütung und Zilgung der neu ausgegebenen Millionen-Anleihe einen Mehraufwand von

275 000 M. erfordert. Weiter fällt ins Gewicht, daß für die Vermögensverluste ein Mehr von 90 000 M. hat eingeleitet werden müssen. Ebenso sind die Kosten für die Polizeierhaltung, namentlich infolge der Vermehrung der Gefangenenhaft um etwa 40 000 M., die der Schulverwaltung um mehr als 100 000 M., die der W. m. m. Verwaltung um 16 000 M. und die der Straßeneinrichtung um 28 000 M. gestiegen.

Alle die Mehraufgaben werden aber mehr wie geholt durch die Mehreinnahmen, die hauptsächlich zu erwarten sind aus dem Kammerüberschuß des Vorjahres, aus den höheren Einnahmen der Wirtschaftskasse, aus der Kapital- und Schuldenverwaltung, und endlich aus den Steuern. Die zuerst genannten Kammerüberschüsse haben nicht nur die außergewöhnliche Höhe des Vorjahres von rund 1 070 000 M. erreicht, sondern diese sogar um 164 000 M. überlegen. Verursacht ist dies überauswunderbar Erscheinung hauptsächlich durch die außerordentlichen Mehreinnahmen aus den Betriebswerten und Steuern. Die letzteren haben an Leberüberschüssen einen Mehrbetrag von 455 000 M. ergeben, nämlich das Gewerbesteuer infolge billigeren Einkaufs der Geschäfte und höheren Zinsverwertung von Leer- und Ammoniakfabriken einen Mehrüberschuß von 180 000 M., das Wasserwerk infolge des durch den heißen Sommer vermehrten Wasserkonsums einen solchen von 136 000 M., und das Elektrizitätswerk infolge Ausdehnung des Betriebes einen solchen von circa 140 000 M. Die Steuern dagegen erzielen eine Mehreinnahme von 461 000 M. durch das natürliche Anwachsen der Steuerkraft bei den direkten Steuern, indem die staatliche Einkommensteuer pro 1911 gegen das Vorjahr bei der Einkommensteuer ein Mehr von 1585 steuerpflichtigen Personen und 173 000 M. Steuern, bei der Grund- und Gebäudesteuer aber infolge der Bebauung von bisher unbebauten Gelände eine Erhöhung des Grundsteuerleistungsumsatzes um 1 030 000 M. nachweist.

Die Ertragssteuern der drei großen städtischen Betriebswerke haben mit etwa 1 Million Mark eingestellt werden können, bieten aber immerhin vergrößert mit den Leberüberschüssen des Vorjahres wegen veränderter Preise und Konsumverhältnissen sowie wegen des durch Neuanlagen gestiegenen Schuldenzinses nur ein Mehr von circa 430 000 M. Erhöht wird aber dieser Betrag wie im Vorjahr durch weitere 10 000 M., um die sich der Stadtgemeindefiskus zusehender Anteil an dem Gewinn des Stadtbahnunternehmens vermehren wird.

Das Kapitel der Schuldenverwaltung hat trotz des bereits oben erwähnten Einspruchs der Vergütung und Zilgung von 5 Millionen Mark Anleihe, trotz der Vergütung des Kaufpreises der von dem Domänenfiskus und anderweit erworbenen Grundbesitz, die materiell durch die zwei Momente günstiger gestaltet, daß einmal ein großer Teil der Ausleihungen von den Betriebswerten in einem Mehrbetrag von etwa 140 000 Mark getragen werden muß, und daß zum anderen die von der abgegebenen Anleihe verbliebenen Beträge zeitweise so günstig angelegt werden können, daß von ihnen ein Zinsgewinn von meistens 84 000 M. für das laufende Jahr zu erwarten ist.

Nach diesem Stand der Finanzen hält der Magistrat eine Steuerermäßigung um 6 Prozent für angebracht; er warnt jedoch vor einer weiteren Ermäßigung, da nicht jedes Jahr mit solchen Leberüberschüssen rechnen könne, wie die vorliegenden. Die Saallegung meint nun, daß es sehr wohl möglich sei, wiederum, wie im Vorjahr, die Steuern um 10 Prozent zu ermäßigen. Im Vorjahre habe der Magistrat auch so sehr zuvor gemacht, hat 5 Prozent Prozent herabzusetzen, und würde sich doch noch wieder ein Millionen-Leberüberschuß ergeben. — Auch wird sich selbstverständlich der Ansicht, daß keine überflüssigen Steuern beschützt werden sollen, aber wir sehen nicht ein, daß nun auf jeden Fall jeder Leberüberschuß durch Steuerermäßigungen wieder klein gemacht werden muß. Vor allem gilt es die, die den gewaltigen Leberüberschuß der städtischen Betriebe verschuldet haben, die städtischen Arbeiter, besser zu beahnen! Kaufende von Mark rufen da nötig, um die Lohnhöhe zu schaffen, die als halbwegs angemessen bezeichnet werden könnte. Es ist also einfach die elementarste Anforderung, die bei jetzigen Leberüberschüssen in allererster Linie an eine sofortige Lohnhöhung für die städtischen Arbeiter zu denken! — Aber außerdem hat die Stadt noch recht erhebliche soziale Pflichten zu erfüllen. Wir haben immer noch kein eigenes städtisches Krankenhaus, das Schwindelbad noch immer auf sich warten; wollte man dem Wohnungsgeld wiesam zu Leibe, die Millionen Leberüberschüsse können nicht nutzlos angelegt werden, als durch den sofortigen Bau eines billigeren Wohnraumes, und schließlich ist es gerade in den fetten Jahren an der Zeit, daran zu denken, daß in den kommenden mageren Jahren der Jammer der Arbeitslosigkeit sich immer wieder erschreckend verbreitet. Die Gründung eines Fonds für eine Arbeitslosenversicherung wäre deshalb jetzt eine soziale Tat. Aber solcherlei Dinge darf man von den liberalen Stadtvätern kaum erwarten, ebensowenig, wie die geldgierigen liberalen Wähler solche Forderungen jemals unterstützen werden.

Gründung einer neuen Betriebskassenkasse für Halle.

Trotzdem in Halle eine unheimliche Verpöterung auf dem Gebiete des Krankenkassensens herrscht und man jetzt endlich bestrebt ist, eine bessere Zentralisation der Kassen herbeizuführen, ist doch eine große Firma wieder am Werke, neue Betriebskassenkassen zu errichten. Und zwar ist es die Firma Lang u. Co., G. m. b. H., die Hauptbesitzerin verschiedener Kleinbahnen Deutschlands, welcher auch die Halle-Beitzfelder Eisenbahn gehört. Die Firma hat es verstanden, unter ihren Ar-

beitern durch eigenartige Umstände Stimmung für die Errichtung einer Betriebskasse zu machen. Da erscheint eines Tages ein Anschlag der Betriebskassenkasse der Beitzfelder-Eisenbahn mit einem Auszug aus dem Statut über die Leistungen und Höhe der Beiträge zu der gründenden Betriebskasse. Da nun die Arbeiter dieses Betriebes bisher für Halle der Kaufmännischen Kasse angehört, und in der neuen Kasse, welche niedrigere Beiträge und laut Anschlag Krankengeld vom ersten Tage an zahlen wollte, eine Verbesserung des bisherigen Zustandes erblickten, glaubten sie, ohne Bedenken einer Gründung dieser rund 1700 Mitglieder zählenden Kasse zustimmen zu können. Wie erkannt und empfunden waren aber die Arbeiter, als sie die gebrauchten Statuten erlasen und nach § 4 erst Krankengeld vom dritten Tage an erhalten können. Es scheint entgegen der Zerrum auf dem Anschlag vorgekommen zu sein oder man hat mit einer Vorpiegelung die Arbeiter überredet wollen. Ein bezügliches Verbot ist in diesem Falle aus Rücksicht zu verurteilen. Als weitere unerhörte Verwundung muß der § 11 betrachtet werden, wonach die Arbeiter bei Strafe verpflichtet sind, davon Kenntnis zu geben, wenn sie anderweitig gegen Krankenkassen beizutreten, damit ihnen das Krankengeld nicht gezahlt werden kann, daß die Arbeiter nicht mehr an Krankengeld erhalten, als ihr durchschnittlicher Arbeitsverdienst betragen würde. Nebenfalls hat man bei Aufstellung dieser Bestimmung die horrenden Löhne, die die Firma insbesondere in Halle zahlt, berücksichtigt, da es bei den besonders niedrigen Löhnen zweifellos vorkommt, daß ein Arbeiter, der sich noch den Beitrag für eine Betriebskasse zum Leibe abwirft, an Krankengeld mehr erhält, als sein Lohn austrägt, und man kann es einem aufgeklärten Arbeiter keinesfalls verdenken, wenn er Sorge dafür getragen hat, daß er wenigstens im Falle einer Krankheit sich mit seiner Familie einmal helfen kann, was ihm bei den in diesem Betriebe bestehenden Verhältnissen bei seiner Arbeit nicht immer möglich ist. An die Arbeiterhaft des genannten Betriebes sei hiermit die Anforderung gerichtet, auf keinen Fall dem Rat der Stadtväter mitzutellen, daß sie anderweitig gegen Krankenkassen beizutreten, da man diese Bestimmung mit Recht als einen Eingriff in die persönliche Freiheit der Kassenmitglieder bezeichnen muß. Sollen sich fragen die gewählten Vertreter dafür Sorge, daß die Bestimmungen der Statuten nicht missbraucht werden, sondern sich zu den üblichen organisatorischen Arbeiten beschränken; sei aber auf Grund dieses Vorkommnisses die Mahnung gerichtet, sich nicht in ähnlicher Weise über den Köpfen barbaren zu lassen, denn es steht ohne weiteres fest, daß eine Betriebskasse nie die Interessen der Beschäftigten rückwärts wahrnehmen kann.

Der Volksblattsfelder. Heute liegt dem Blatte, wie aus dem Volksblattsfelder bei den der Verlag den Lesern als Beilage überreicht, in der Göttinger, hat er benutzt wird, und so für unser Blatt eine dauernde, stille Bekanntheit macht.

Die Weihnachtsfeier. Die am Dienstag abend vom Gewerkschaftsrat für die auf der Durchreise begriffenen arbeitenden Gewerkschaftsgenossen im Saale des Englischen Hofes veranstaltet worden war, verlief in sehr stimmungsvoller Weise. Genosse Alieci legte in einer Ansprache die Bedeutung der Weihnachtsfeier von unserer Standpunkt aus dar, die Arbeiter und gefangene Beiträge — letztere von den fremden Gassen selbst beigezweigt — würdigen die Feier.

Die russischen Studenten und der Ministerstreik. In Straßburg tagten die Vertreter der russischen Studierenden von nahezu sämtlichen deutschen Universitäten, die über Mittel und Wege beraten sollen, wie eine Einigung in bezug auf die Wünsche der deutschen und russischen Studentenschaft ausgebracht werden könnte. Die Beschlüsse der Versammlung sollen den einzelnen Universitätsbehörden mitgeteilt werden. Straßburg wurde als Tagungsort gewählt, weil die dortige Universitätsbehörde bereits vor dem Ministerstreik in Halle den Wünschen der deutschen und russischen Studenten vermittelnd entgegenzukommen suchte.

Die Arbeitslosenversammlung. Die am Sonntag bei Streicher stattfindende sollte, gegen die wir uns aber am Sonntagabend in einer kurzen Notiz wandten, punkt je noch in den Spalten der hiesigen Presse nach. Diese Versammlung sind alle so recht lächerlich betrieblig darüber, daß die Versammlung nicht stattgefunden hat, weil kein Vertreter kam. An sich war es ja selbstverständlich, daß nach unserer Warnung und bei der mangelhaften Einberufung keiner zu der Versammlung ging. Aber eins wollen wir feststellen, wenn später einmal wieder die traurige Zeit der Massenarbeitslosigkeit wiederbricht, werden die Massenversammlungen der Arbeitslosen als Gegenstück zu der jetzt verunglückten privaten Versammlung hoffentlich um so mehr Beachtung finden.

Warme Weihnachtsfeier. Die Weihnachtsfeierabend dieses Jahres überlegen noch die der vorhergehenden drei Jahre in bezug auf ihre enorme Wärme, die sich beinahe Tag und Nacht in der Höhe von 10 Grad Celsius hielt. Sie dürfte demnach überhaupt warmen Weihnachtsfesten nachkommen, die wir seit dem Jahre 1848 erlebt haben.

Gesamtresultat der Viehzählung im Saalkreis. Die Gesamtzahl der Gehöfte übertraf betrug 9628, mit Viehstand 8551; Viehstande Haushaltungen waren 11 528 vorhanden. Gestalt wurden: Pferde 516, Maultiere und Maulzel 3, Ferkel 78, Rindvieh 14 127, Schafe 22 028, Schweine 31 183, Ziegen 6532, Ferkel 14 127, Hühner 1825 Stück. Die Gesamtzahl der Schweine mit Schlachtungen betrug 8672; geschlachtet wurden 39 Stück Rindvieh, 568 Schafe, 14 810 Schweine und 2586 Ziegen.

Stadtväter. Weitere Vorstellungen des Weihnachtsmarchens finden am Sonntag, den 28. d. M., Sonntag, den 29. d. M., Dienstag, den 31. d. M., und Sonnabend, den 4. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, statt. Montag, den 30. d. M., wird nachmittags 3 1/2 Uhr, die Märchenoper Sankt und Gretel, am Reichstage Rittmoos, den 1. Januar, bei 8 m 4 t t e n Preis, Mignon gegeben. Das Repertoire der Abend-

Linser alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Ausverkauf

beginnt

Donnerstag den 2. Januar 1913.

Trummer & Benjamin

Grosse Lindenstrasse 23a

Vorstellungen lautet; Sonnabend, den 21. d. M. Lobengrin, Sonntag, den 22. d. M. Das Habsbühnen, Montag, den 23. d. M. Die Beschuldigung in Virel, Die Wägen-Reiniger (Schuldarsteller), Dienstag, den 24. d. M. als 111. Vorstellung in 8. Viertel, Robert und Gestern mit Sonnet und Sängereingängen, Mittwoch, den 1. Januar, zum 8. Male, Das Beschuldigung, Donnerstag, den 2. Januar, zum 1. Male, Beschuldigung Die Wägen-Reiniger, Freitag, den 3. Januar, zum letzten Male (Sonnabend, den 4. Januar, Das Beschuldigung).

Schläger mit Säbel und Messer. In der St. Ulrichstraße kam es zwischen ein in Kasse und Arbeitern zu einer Schlägerei. — Zwischen einem Anstaltswagenführer, Wollboten und einem beurlaubten Arbeiter kam es in der Metzgerstraße zu einer Schlägerei, bei der der letztere mit seinem Seltene wehrt den anderen erhebliche Verletzungen beibrachte. — In einem Hofraum in der Gordenbergstraße wurde ein Arbeiter bei einer Schlägerei von einem Arbeitstollen mit dem Messer in den Kopf geschlagen, so daß die Überführung nach der chirurgischen Klinik erforderlich war. Der Messerträger ist bekannt. — Donnerstag abend fand in der Königstraße zwischen Arbeitern eine Schlägerei statt, wobei ein Betheiliger mehrere Messerstiche in den Hinterkopf erhielt. Der Verletzte mußte sich zur Klinik begeben.

Sturmshäden. In der Nacht zum Mittwoch fiel bei dem Neubau des Grundstücks Alte Promenade 28 aufgehende Baugang teilweise um. Da auch der noch stehen gebliebene Teil umzufallen drohte, wurde die Feuerweh herbeigerufen. Sie befestigte die Wehr in kurzer Zeit. — In der Donnerstagnacht wurde der Baugang vor dem Neubau Leopoldstraße 8 vom Sturm umgeworfen. Personen wurden nicht verletzt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen der Stadtbahn und einer Droschke fand an der Straßenkreuzung Meißnerstraße und Bernauer Straße statt. In dem Geleise wurde das Baumgange und die Fußhalter zertrümmert. Der Motorwagen soll nicht beschädigt worden sein.

Einbruchdiebstahl. In einem Schanklokal in der Delfische Straße wurde in der Nacht zum 25. d. M. ein Einbruch verübt. Der Dieb hatte sich mit Nachschlüssel Einbruch verübt, eine Wechselflasche erbrochen und daraus 4 M. entnommen. Weiter wurden Behälter im Büfettisch erbrochen und eine Kiste Zigarren gestohlen. Der Täter ist ermittelt.

Ein „alter Hans“ gelang gestern und heute nacht der Kriminalpolizei durch die Festnahme von vier, teilweise schwer vorbestrafter Einbrechern, die unter anderem auch in der Nacht zum 25. d. M. in der Köhlerei den Diebstahl der Wenzelaufen im Werte von 8000 bis 4000 M. ausgeführt haben. Ein Teil der Beutern wurde noch vorgefunden; der größere Teil war von ihnen verbrannt worden. Die Festgenommenen sind mehrerer anderer Einbrüche teils gefällig, teils bringend verurteilt. Ein bei ihnen vorgefundenes Verzeichnis läßt vermuten, daß sie sämtliche in den letzten Monaten hier verübten größere Einbrüche vollzogen haben.

Schäfers wurden in der Zeit vom 28. bis 30. Dezember zehn Stück braunes Besenleder mit dem Stempel Parze

Verrentschmidt, Frankfurt a. M., jedes Stück 1/2 Meas lang; am 28. Dezember ein Gerrenschmidt, Karlz Weigert, schwarze Rahmenbau, schwarze Felle, mit 3 ribersetzten Streifen, nach oben gebogenes Kettensystem, Freitag; am 28. Dezember ein hellbrauner Damenmantel mit Apparat Knöpfen und 8 großen, braunen Schmucksteinen, mit gelbem Besen.

Im Hofplatz verlor ein gebrannter 1/2 Meas ein halberhüllter Hühner. Es wird gebeten, ihn bei der Hofplatzverwaltung abzugeben.

Merlei.

Nur ein Stück Brot zu Weihnachten!
In Konstanz am Bodensee ließ ein Lehrer die Schüler auf einen Artikel schreiben, welche Weihnachtswünsche sie hätten. Der Sohn eines Buchhändlers, der noch sieben Geschwister hat, schrieb auf den Zettel: Ein großes, gutes Stück Brot!
Wir leben wirklich in der besten der Welten, wenn ein Schulkind ein großes, gutes Stück Brot als das schönste Weihnachtsgeschenk betrachtet!

Sturmshäden.

In Nord- und Ost-Deutschland hat ein starker Sturm an den Weihnachtstagen erheblichen Schaden angerichtet. In Hamburg wurde die Feuerweh fortgesetzt zur Hilfeleistung herbeigerufen. Das Dach der Aufschiffhalle bei Fußsattel wurde teilweise abgedeckt. Der Sturm, der insbesondere zwischen 12 und 1 Uhr außerordentliche Stärke angenommen hat, richtete auch im Osten und auf der Untersee bedeutenden Schaden an. Eine Anzahl kleinerer Fahrzeuge ist gefahren und getrandelt. Die Beschädigungen wurden in allen Fällen gerettet. Bei Brunnhausen ist eine deutsche Jagd getrandelt.

Auch in Vorpommern hat der Orkan großen Schaden angerichtet. Es wurden Fernsprecheinrichtungen zerstört, Ackermauer umgeworfen, Mäher beschädigt. Die alte Greifswalder Marienskirche hat fast gelitten.

London, 26. Dez. Bei dem heftigen Sturm im Kanal sind drei britische Passagierdampfer Sopos und drei Schoner in der Nähe von Plymouth gescheitert. Die Dampfer, die den Verkehr über den Kanal vermitteln, kommen mit stundenlangem Verhaltung an.

Keines Misset. Straßenbahnunglück in Rom. Infolge Bruches der Bremse rannte ein Straßenbahnwagen in Rom gegen eine Mauer. Sieben Personen wurden verunndet, zwei von ihnen, darunter der Fahrer, schwer. — Verhängnisvoll in dem Kaiserwert Hofplatz bei Schwerin sind am Heiligabend gegen 6 Uhr infolge Entzündung brennbarer Stoffe ein Steiger, ein Drittschüler und drei Bergleute getötet worden. — In den Kohlenbergwerken bei Jaworzno wurden im Schachte Heine durch herabfallende Gesteine mehrere Arbeiter verunglückt. Drei verblieben wurden als lebend geborgen, zwei andere hatten nur leichte Verletzungen. — Der englische Flieger Edward Peire ist heute bei Weibar

(Grafik: Verbleib infolge Sturm 1881/82 verunglückt. Herr hat über Litteratur von Brodland bei Sonder nach Einbruch liegen sollen.

Letzte Nachrichten.

Paris am 27. Dezember.

Paris am 27. Dezember. Auf den Gänge zwischen Gerhart und Dues getreten in der Nacht zum ersten auf dem zweiten Geleis ein großer Bergleut in Streit. Hierbei wurden zwei getötet und zwei so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Paris am 27. Dezember. Da zahlreiche republikanische Senatoren und Deputierte seit einigen Tagen bei dem Ministerpräsidenten Schritte unternommen haben, um ihn zu bestimmen, seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik aufzugeben, ließ sie Ministerpräsident Poincaré gestern von seiner Einwilligung in Kenntnis setzen.

Paris am 27. Dezember. Die Kandidatur Poincarés für die Präsidentschaft der Republik wird von mehreren Blättern mit Verriedigung begrüßt. Der gemäßigste Figaro schreibt: Der Nebel ist endlich gestreut. Wir kennen den Mann, der am 17. Januar auf der Wahlurne hervortreten wird, noch nicht, aber Frankreich besitzt endlich einen Mann, der öffentlich die große Ehre angenommen hat, sein Vertreter zu sein, wenn die Nationalversammlung ihn wählen sollte. Das eine ist sicher, daß Poincaré morgen Präsident der Republik wäre, wenn das Land getagt würde. Das Land kennt den Ernst der nationalen Lage und weiß, welche angelegene Stellung Poincaré sich zu neuen Frankreichs nach außen und innen erungen hat.

Die radikale Danters sagt: Der Entschluß Poincarés ist für niemand überraschend. Er weiß, wie dringend er seit der Weigerung Bourgeois' von zahlreichen Republikanern dazu erwidert wurde. Man kann nur wünschen, daß er die Verantwortung beständig, welche die bevorstehende Präsidentschaft in der republikanischen Partei verursacht hat.

Das Echo de Paris behauptet, daß auch Ribot seine Kandidatur aufstellen werde. Ebenso werden Kammerpräsident Dechanel und Senatpräsident Dubos ihre Bewerbungen um die Präsidentschaft aufrecht erhalten.

Uhren u Goldwaren
— Bedarf an als reell und billig bekannten Firma 5271
Max Bernhardt. Große Ulrichs-
straße 104.
Sorgfältige und solide Reparatur-Werkstatt für Uhren.



Eine merkwürdige Bescherung

Männlein ist wohl zu erkennen, welcher große Freude ihnen die neuen Besen bereiten. Diese anspruchlosen Leute hatten nur den einen Wunsch, den die Firma **Goschw. Loowandahl** ihren bekamen „Rehraus-Zwergen“ — (wer hätte sie nicht schon erkannt!) gern erfüllte. — Nicht viele Leute werden mit so bescheidenen Ansprüchen an den Weihnachtstisch treten! An die Feier schloß sich dann die übliche General-Versammlung, die von dem Zwergältesten durch Verlesung eines Kapitels aus den Rehraus-Gesängen eingeleitet wird; er macht die neu eingetretenen Mitglieder mit dem Zweck und der Bedeutung des „**Loowandahl'schen Grossen Kohraus**“ bekannt, wonach diese Veranstaltung alljährlich einmal nach beendeter Inventur stattfindet, mit der Absicht, allen Kunden und solchen, die es werden sollen, einen Anteil am Geschäftsertrag in der Weise zu gewähren, daß sie sich von allen vorhandenen Waren, ihren Bedarf zu je abnorm niedrigen Preisen ausführen können, — daß man es eigentlich nicht mehr „kaufen“ nennen kann. Die hierauf eröffnete Aussprache gestaltete sich recht lebhaft; der Abteilungs-Zwerg I bittet um Hilfspersonal, denn er habe bei der gefrigen Besichtigung seiner Abteilung (Räder und Laufsen) doppelt soviel Vorrat gefunden als in früheren Jahren; denselben Antrag mit derselben Begründung stellen nach der Reihe die Vorkesher II bis VII nämlich für: Kostüme, farbige Mäntel, schwarze Konfektion, Seidenpflüsch- und Samt-Konfektion, fertige Kleider, Kinder-Konfektion und Sommerware. Der Vorsitzende erklärt, daß er dies alles selbst gesehen und die Firma darüber befragt habe; die Erklärung sei folgende: **Loowandahls** wollten schon am 1. Dezember das neue, große Haus beziehen und hatten sich dafür mit der Ware eingerichtet; nun ist aber der Bau nicht fertig geworden und die Ware hängt da. Für Hilfsmannschaften, fährt er fort, habe ich gesorgt, außerdem habe ich mir von der Firma alle Wohlwanten geben lassen, die Preise, wo es angeht, noch niedriger zu tagieren als sonst; ich bin also nicht bange — wir werden auch mit den größeren Vorräten, wie immer in den drei Wochen, „reinen Tisch“ machen. Das Publikum weiß zu gut, was es in unserem Rehraus bekommt, und wir hätten alle Jahre mehr Ware brauchen können. — Schließlich haben wir ja auch „neue Besen“ und es soll einen „letzten Rehraus im alten Haus“ geben, wie man ihn noch nicht erlebt hat. Zum Schluß ermahnt der Vorsitzende noch alle Anwesenden, fest jede Nacht in ihren Abteilungen fleißig zu arbeiten, die Vorratslisten aufzustellen, welche am Silvesterabend in allen Zeitungen stehen müssen, damit der Große Rehraus, wie alle Jahre, pünktlich am **2. Januar** beginnen kann.

zeigt obiges Bild; — sie fand gestern abend im großen Sitzungssaal des Rathauses statt und an den frühlichen Gesichtern der kleinen

